

Protokoll Mitgliederversammlung am 30.10.19, 19-22 Uhr

TOP	Thema	Dauer	Details
1.	Begrüßung/ Eröffnung der Sitzung	19-19:15 Uhr	<ul style="list-style-type: none"> ○ Max Harder und Kerstin Möller eröffnen die Sitzung. Alle Mitglieder werden gebeten, sich in die Anwesenheitsliste einzutragen und Stimmkarte und –block entgegen zu nehmen. ○ Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt. ○ Max und Kerstin werden per Kartenzeichen als Redeleitung per bestätigt. ○ Dominic Hallau wird per Kartenzeichen als Protokollant tätig. ○ Schahina Gambir wird per Kartenzeichen als Wahlleiterin bestätigt. Klaus Feurich, Bijan Riazı und Sarah Laukötter werden als Auszählgruppe gewählt. ○ Die Tagesordnung wird vorgestellt: <p>Tagesordnungsvorschlag</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Begrüßung 2. Vorbericht zur BDK und aktuelles aus der Bundespolitik mit Britta Haßelmann

			<p>3. Wahl der BDK-Delegierten</p> <p>3.1. Wahl der ordentlichen BDK-Delegierten (5)</p> <p>3.2. Wahl der stellvertretenden BDK-Delegierten</p> <p>4. Anträge</p> <p>5. Sonstiges</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Die Tagesordnung wird verabschiedet. ○ Die Redezeit für Beiträge aus dem Plenum wird auf max. 2 Minuten begrenzt.
2.	Aktuelles aus der Bundespolitik mit Britta Haßelmann	19:15-19:45 Uhr	<ul style="list-style-type: none"> ○ Britta gibt eine Einführung zum anstehenden Parteitag. <ul style="list-style-type: none"> ➤ Britta berichtet über die Wahlen zum BuVo, Schiedsgericht und Parteirat ➤ Inhaltliches Schwerpunktthema: Wohnen – die zentrale soziale Frage ➤ Kontroversen werden vermutlich: <ul style="list-style-type: none"> - Enteignungen/Mietendeckel wird vom LV Berlin eingebracht (Wie scharf werden diese Themen in den Antrag eingebracht?) - Ist ein bundesweit geltender Mietendeckel richtig oder ist es ein regionales Mittel ➤ Inhaltliches Schwerpunktthema: Wirtschaft und Klima ➤ Kontroversen: <ul style="list-style-type: none"> - Soll ein Mindestlohn von uns vorgeschlagen werden oder bleibt es

			<p>bei der derzeitigen Regelung?</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ist der BIP noch der Maßstab für Wohlstandsmessung oder gibt es andere Möglichkeiten? ➤ Inhaltliches Schwerpunktthema: Klimaantrag <ul style="list-style-type: none"> - Ziele werden durch Änderungsanträge verschärft – ist das zielführend für die Debatte? ➤ V-Anträge <ul style="list-style-type: none"> - Homöopathie: Britta hofft auf den Antrag zur Homöopathie-Kommission (großer Applaus aus dem Plenum) - AfD-Verbotsantrag: Britta spricht sich gegen den Antrag aus - Europäische Demokratie – transnationale Listen / Sperrklausel: wird kontrovers diskutiert werden - OWL Antrag zum Nationalpark Senne wird beworben - Wechselmodell - Dringlichkeitsantrag Türkei/Syrien ➤ V-Anträge können diesmal von allen Mitgliedern online gerankt werden ○ Es wird weitere Debattenangebote geben, u.a. den 7.11., an dem im der AG Grundsatz über die Anträge zu Betreuungsmodellen beraten wird (17 Uhr, KV-Büro)
3.1.	Wahl der ordentlichen BDK-	19:45- 20:15 Uhr	<ul style="list-style-type: none"> ○ Wir wählen 5 ordentliche Delegierte für die BDK vom 15.-17.11. in Bielefeld, 3 davon Frauen

	<p>Delegierten (5)</p>	<ul style="list-style-type: none"> ○ Gewählt wird in geheimer Wahl im Block. Gewählt sind die Kandidat*innen, die das Quorum erreichen (= 50 % der gültigen Stimmen + 1) und die besten Ergebnisse haben; im dritten Wahlgang reicht die einfache Mehrheit der Stimmen. <p>WAHL DER FRAUENPLÄTZE (<u>ordentliche Delegierte</u>)</p> <ul style="list-style-type: none"> ● <u>Kandidaturen:</u> Phyllis Bollgönn, Sarah Labarbe, Maartje Tubbesing, Henny Krüger, Stephanie Kraege > Alle Kandidat*innen haben 2 Minuten Gelegenheit sich vorzustellen. ● Erläuterung Wahlgang <ul style="list-style-type: none"> ○ Auf der Beamervorlage ist die Zuordnung der Kandidatinnen zu den Buchstaben auf dem Stimmzettel zu sehen. ○ Bis zu 3 Kreuzen sind möglich, da wir 3 Plätze wählen. ○ Weiterhin kann für alle mit „Ja“ oder mit „Nein“ gestimmt werden ○ Die Wahlzettel dürfen nicht beschriftet werden, sie werden dann als ungültig gewertet. ● Eröffnung des Wahlgangs. ● Schließen des Wahlgangs. <p>Ergebnis 1. Wahlgang</p>
--	-------------------------------	--

Abgegebene Stimmen: 63

Gültige Stimmen: 63

Ungültige Stimmen: 0

Quorum: 33

Phyllis Bollgönn: 49 Stimmen

Sarah Labarbe: 31 Stimmen

Maartje Tubbesing: 40 Stimmen

Jenny Krüger: 38 Stimmen

Stephanie Kraege: 25 Stimmen

Phyllis, Jenny und Maartje sind gewählt und nehmen die Wahl an.

WAHL DER OFFENEN PLÄTZE (ordentliche Delegierte)

- Kandidaturen: Niclas Wegener, Sebastian Stölting, Florian Gashi, Michael Gorny, Dominic Hallau, Cim Kartal > Alle Kandidat*innen haben 2 Minuten Gelegenheit sich vorzustellen.
- Erläuterung Wahlgang
 - Auf der Beamervorlage ist die Zuordnung der Kandidatinnen zu den Buchstaben auf dem Stimmzettel zu sehen.
 - Bis zu 2 Kreuzen sind möglich, da wir 2 Plätze wählen
 - Weiterhin kann für alle mit „Ja“ oder mit „Nein“ gestimmt werden
 - Die Wahlzettel dürfen nicht beschriftet werden, sie werden dann

als ungültig gewertet.

- Eröffnung des Wahlgangs
- Schließen des Wahlgangs

Ergebnis 1. Wahlgang

- Abgegebene Stimmen: 63
- Gültige Stimmen: 62
- Ungültige Stimmen: 1
- Quorum: 32
- Niclas Wegener: 17
- Sebastian Stölting: 34**
- Florian Gashi: 7
- Michael Gorny: 17
- Dominic Hallau: 30
- Cim Kartal: 15

Sebastian ist gewählt und nimmt die Wahl an.

Ergebnis 2. Wahlgang

55 Stimmen

53 Stimmen gültig

Quorum 27

Niclas 9

Floria 3

Cim 6

Michael 11

Dominic 24

Niemand ist gewählt

Ergebnis 3. Wahlgang mit einfacher Mehrheit

53 Stimmen

52 Stimmen gültig

Quorum 27

Niclas 10

Michael 13

Dominic 29

Dominic ist gewählt und nimmt die Wahl an.

3.2.	Wahl der stellv. BDK-Delegierten	20:15-20:45 Uhr	<p>WAHL DER FRAUENPLÄTZE (<u>stellvertretende Delegierte</u>)</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ <u>Kandidaturen:</u> Lisa Brockerhoff, Sarah Labarbe ● Erläuterung Wahlgang <ul style="list-style-type: none"> ○ Auf der Beamervorlage ist die Zuordnung der Kandidatinnen zu den Buchstaben auf dem Stimmzettel zu sehen. ○ So viele Kreuze, wie Kandidatinnen sind möglich (wir können mehr als 5 Ersatz-Delegierte wählen) ○ Weiterhin kann für alle mit „Ja“ oder mit „Nein“ gestimmt werden ○ Die Wahlzettel dürfen nicht beschriftet werden, sie werden dann als ungültig gewertet. ● Eröffnung des Wahlgangs ● Schließen des Wahlgangs <p>Ergebnis 1. Wahlgang</p> <p>Abgegebene Stimmen: 52 Gültige Stimmen: 51 NEIN: 1 ENTHALTUNG: 1 Ungültige Stimmen: Quorum: Lisa: 41</p>
------	----------------------------------	-----------------	--

Sarah: 43 Stimmen

Lisa und Sarah sind gewählt und nehmen die Wahl an.

WAHL DER OFFENE PLÄTZE (stellvertretende Delegierte)

- Kandidaturen: Niclas Wegner, Michael Gorny, Florian Gashi, Jana Bohne, Thies Wiemer
- Erläuterung Wahlgang
 - Auf der Beamervorlage ist die Zuordnung der Kandidatinnen zu den Buchstaben auf dem Stimmzettel zu sehen.
 - So viele Kreuze, wie Kandidat*innen sind möglich (wir können mehr als 5 Ersatz-Delegierte wählen)
 - Weiterhin kann für alle mit „Ja“ oder mit „Nein“ gestimmt werden
 - Die Wahlzettel dürfen nicht beschriftet werden, sie werden dann als ungültig gewertet.
- Eröffnung des Wahlgangs
- Schließen des Wahlgangs

Ergebnis 1. Wahlgang

Abgegebene Stimmen: 50

Gültige Stimmen: 50

			<p>Ungültige Stimmen: Nein: 0 Enthaltung: 1 Quorum: 26 Niclas Wegner 30 Michael Gorny 33 Florian Gashi 21 Jana Bohne 36 Thies Wiemer 37</p> <p>Niclas, Michael, Jana, Thies sind gewählt und nehmen die Wahl an.</p>
4.	Anträge	20:45-21 Uhr	<p>BEGEHRENSVORSCHLAG DER AG GRUNDSATZ</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Heike bringt für die AG Grundsatz ein Begehren ein (2 Min), das sie der MV zum Beschluss vorschlagen. Dieses wird dann beim Bundesverband als Begehren des KVs eingebracht. Es ist kein Antrag an einen bestehenden Text, sondern ein grundlegendes Anliegen, das formuliert wird. > <i>Einstimmig beschlossen</i> <p>Begehren:</p> <p>Der Bundesverband soll den Zwischenbericht auf eine inklusive Sprache, die alle Geschlechteridentitäten einschließt, überarbeiten und für mehr Sichtbarkeit von LSBTTIQ* sorgen. Dieses sollte sich auch schon unter dem Kapitel „Unsere Werte“</p>

		<p>widerspiegeln.</p> <p>Dazu sollte zum einen die Überschrift in „Geschlechtliche Vielfalt & Selbstbestimmung“ geändert werden und folgendes unter dem Punkt 19 eingefügt werden (dies kann gerne mit dem Inhalt von dem jetzigen Absatz 22 verbunden werden, da es inhaltliche Überschneidungen gibt):</p> <p>“Grüne Queerpolitik ist Menschenrechtspolitik. In einer emanzipatorischen Gesellschaft brauchen Menschen aller Geschlechteridentitäten Sichtbarkeit und Wertschätzung, die sich auch in unserer Sprache widerspiegeln sollte. Es gehört zu einem selbstbestimmten Leben über die eigene sexuelle Identität zu bestimmen. Dieses Recht ist ein Fundament für Gleichstellung in allen Lebensbereichen. Recht, Schutz und Akzeptanz von LSBTTIQ* und Regenbogenfamilien ist Teil der Menschenrechte.“</p> <p>Auch in den nachfolgenden Kapiteln des Grundsatzprogramms muss dieses sichtbar werden:</p> <p>Hier sollten queergrüne Positionen und Forderungen auftauchen. Vor allem in den Abschnitten zu Familienpolitik, Bildungspolitik, Gesundheitspolitik und feministischer Außenpolitik sollten diese ausformuliert werden.</p> <p>Darüber hinaus sollten bestehende Positionen der Grünen, wie z. B. die Aufnahme der sexuellen Identität in Art. 3 des Grundgesetzes und die Überarbeitung des Selbstbestimmungsgesetzes im Grundsatzprogramm auftauchen. Auch der besondere Schutz von queeren Geflüchteten ist ein Beispiel für wichtige Ergänzungen im jetzigen Zwischenbericht im Sinne dieses Begehrens.</p> <p>Zurzeit fußt das Programm zumeist auf binären Geschlechterverhältnisse, eine Überarbeitung dieser Teile sollte im Hinblick auf geschlechtliche Vielfalt vorgenommen werden. An 75 Stellen verweist das jetzige Programm auf Frauen, vor allem an diesen Stellen sollte geschaut werden, ob hier eventuelle Ergänzungen</p>
--	--	---

im Hinblick auf geschlechtliche Vielfalt möglich und nötig sind.

Begründung

Im Zwischenbericht (ZB) zum Grundsatzprogramm fehlt ein ganz wesentlicher Aspekt: Die geschlechtliche Vielfalt mit all ihren Facetten. Nirgendwo in der Vorlage findet sich auch nur eine Erwähnung, nicht in wörtlicher Darstellung als Schlagwort: *geschlechtliche Vielfalt* und auch nicht mit dem dazugehörigen Akronym: *LSBTTIQ**.

Die geschlechtliche Vielfalt ist jedoch untrennbarer Teil unserer Gesellschaft und queergrüner Politik! Niemand darf für seine Sexualität, sein Anderssein ausgegrenzt werden. Ein Verzicht auf die Darstellung der geschlechtlichen Vielfalt stellt eine Unterschlagung dieser Bewegung dar und würde die Fortschreibung des binären Geschlechtersystems bedeuten. Dies war und ist nicht im Interesse grüner Politik.

Im ZB ist stets von Frauen und Männern die Rede, nicht jedoch von allen Geschlechtsidentitäten. Das erweckt den Eindruck und zieht Kritik nach sich, dass das binäre Geschlechtersystem fortgeschrieben und geschlechtliche Vielfalt unsichtbar gemacht wird oder bleiben soll. Dies steht jedoch in Widerspruch zu einer grünen Selbstdarstellung.

Grüne praktische Queerpolitik heißt, wir engagieren uns in der Lesben- und Schwulenpolitik, für Bisexuelle, für Trans- und Intergeschlechtlichkeit, eben für die Vielfalt der Geschlechtsidentitäten, für Akzeptanz und Sichtbarkeit der queeren Community.de besonders bei dem spürbaren Rollback an Bedeutung zunimmt. . Unsere politische Unterstützung gilt darüber hinaus den Regenbogenfamilien, für sichere Unterkünfte für queere Geflüchtete sowie schnellere Anerkennung ihrer Fluchtgründe sowie die flächendeckende Umsetzung von Aktionsplänen für Akzeptanz und Vielfalt.

Es ist schon erstaunlich, dass ein in die Zukunft gerichtetes Grundsatzprogramm eine ganze Bewegung unterschlägt, die ihre Interessen und Forderungen in bisher nie gekanntem Ausmaß sichtbar macht und einfordert. Noch nie zuvor gab es so viele, so große und immer größer werdende Demonstrationen der *LSBTTIQ** Gemeinde für ihre Sichtbarkeit. Das haben München, Nürnberg, Frankfurt, Köln, Hamburg, Heidelberg, Berlin, um nur einige Beispiele zu nennen, überdeutlich bei den CSDs gezeigt. Es stehen

		<p>weitere Städte wie Dortmund, Erfurt, Bremen und Münster, auf der Agenda. Dabei treten die in der CSD-Community organisierten Einzelgruppen immer deutlicher als Ergänzung hervor. Dies betrifft in erster Linie die hier organisierten Lesben, die sich als neue Bewegung Sichtbarkeit verschaffen. Sie treten in den vergangenen Jahren in ihrem neuen Verständnis als Dykes auf und machen in Dyke-Marches auf sich aufmerksam. Auch die Transgemeinde organisiert sich in gleicher Form als Trans* CSDs. Das haben die vielen CSDs in diesem Jahr besonders deutlich in den o. g. Städten gezeigt. Und in Bielefeld waren sogar die Medien von einer so großen Teilnahme überrascht worden.</p> <p>Auch in der Grünen Politik spiegelt sich dieses wider, so hat zum Beispiel die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag verabschiedet, wonach die sexuelle Identität grundgesetzlich vor Diskriminierung geschützt werden soll. Art. 3 Abs. 3 GG soll dementsprechend erweitert werden und auch die sexuelle Identität aufnehmen. In Absatz drei heißt es dazu: <i>"Niemand darf wegen seines Geschlechtes[neu], seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden."</i> Dies soll Teil eines bundesweiten "Aktionsplans für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt" werden. Im Grünen-Antrag heißt es weiter, der Artikel schreibe in seiner jetzigen Form <i>"einen der zentralen Mechanismen von Homo- und Transfeindlichkeit fort"</i>, nämlich das "Unsichtbarmachen" und "Bagatellisieren" von Diskriminierungen.</p> <p><i>"Jeden Tag kommt es auch in Deutschland zu homophoben und transfeindlichen Übergriffen",</i> so begründete unsere Fraktionsgeschäftsführerin Britta Haßelmann die Initiative. [...] <i>"Es reicht eben nicht, dass einzelne Ministerien einmal im Jahr die Regenbogenfahnen herausholen, während die Bundesregierung im Rest des Jahres die nötigen Maßnahmen zum Schutz der Rechte von LSBTTIQ verschleppt"</i> und <i>"Feindseligkeit gegenüber LSBTTIQ schränkt die grundgesetzlich garantierte freie Entfaltung der Persönlichkeit für viele Bürger*innen empfindlich ein"</i>. Und weiter: <i>„Die Abschaffung des Transsexuellengesetzes ist längst überfällig, was auch die Diskussion um das sog. 3. Geschlecht gezeigt hat. Schon damals haben wir in einem Entschließungsantrag die Reform des Transsexuellenrechts gefordert“</i> . <i>„Leider wurde der Antrag von der Großen Koalition abgelehnt. Daher werden wir GRÜNE noch in diesem Jahr einen neuen Versuch für ein modernes Selbstbestimmungsgesetz starten. Dessen Leitbild sollte die persönliche Freiheit und nicht irgendeine Ordnungsvorstellung über die Geschlechter sein. Es ist höchste Zeit, dass die tatsächliche Vielfalt von Identitäten akzeptiert wird, anstatt trans-* und intergeschlechtliche Menschen in vorgegebene Raster zu</i></p>
--	--	---

pressen. Dabei soll das Verfahren für die Änderung der Vornamen und Berichtigung des Geschlechtseintrages deutlich vereinfacht und nur vom Geschlechtsempfinden des Antragstellers abhängig gemacht werden.“ (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/064/1906479.pdf>)

Diese Sichtweise muss sich auch im Grundsatzprogram niederschlagen.

ANTRAG OPFERSCHUTZ STÄRKEN

- Joshua Wiens bringt seinen Antrag ein:

Warum gibt es Frauenhäuser?

Dies hat den traurigen Grund, dass leider viele Frauen von ihrer*m Partner*in oder Bekannten physisch und/oder psychisch misshandelt werden. Studien zeigen uns, dass es in vielen zehntausend Haushalten in Deutschland zu schwerer Körperverletzung und anderen Misshandlungen kommt. Das wissen auch die meisten Deutschen. Was vielen aber noch nicht bekannt ist, ist, dass jedes Jahr viele tausend Frauen von Schutzhäusern abgelehnt werden und dass häusliche Gewalt nicht nur auf ein Geschlecht beschränkt ist.

Die Opferzahlen zeigen zwar prozentual klare Unterschiede. Das bedeutet aber nicht, dass wir Unterschiede bei den Opfern machen dürfen, denn alle betroffenen Personen brauchen Schutz und oft psychische Hilfe. Nicht weibliche Opfer benötigen ebenso Hilfe, wie weibliche. Deswegen muss alles Notwendige getan werden, um die Folgen zu bekämpfen und den Betroffenen zu helfen!

Deshalb fordern wir, dass die Bundesregierung

- die Hilfsstruktur für weibliche Personen stark ausbaut und

			<ul style="list-style-type: none"> • eine Hilfsstruktur für alle nicht weiblichen Opfer aufbaut. <p>Diese könnte aus Schutzhäusern, Hilfetelefonen und Beratungsstellen bestehen.</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Dominic stellt den Änderungsantrag, dass eine Arbeitsgruppe eingerichtet wird, die auf Basis des Antragstextes einen BDK-Antrag für die BDK 2020 formuliert. Joshua zieht seinen Antrag zurück. Dominics Antrag wird einstimmig beschlossen.
5.	Sonstiges/Termine	20:45-21:30	<ul style="list-style-type: none"> ○ Terminübersicht liegt aus ○ Für die Demos des Bündnis gegen Rechts am 9.11. werden noch Ordner*innen gesucht! Bitte wendet euch an Klaus R., Klaus F. oder Lisa W.